

Hessen

Verwaltung mit weniger Personal

[07.04.2026] Die Landesverwaltung Hessen – namentlich die obersten Landesbehörden – soll künftig mit weniger Personal auskommen. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Entbürokratisierung sollen eine „schlankere“ Verwaltung ohne Qualitätseinbußen möglich machen.

Hessen modernisiert seine Landesverwaltung und wird in der Verwaltung mit weniger Personal auskommen. In den kommenden Jahren sollen knapp 1000 Stellen nicht wiederbesetzt werden. Dadurch könnten mittelfristig rund 75 Millionen Euro pro Jahr gespart werden, so eine Meldung des [Hessischen Ministeriums der Finanzen](#). Gleichzeitig solle die Qualität öffentlicher Leistungen durch Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Entbürokratisierung weiter steigen. Zentrale Bereiche wie Schulen und Polizei sollen aber von diesen Staatsmodernisierungsmaßnahmen ausgenommen werden. „Staatsmodernisierung senkt Kosten: Wenn wir digitaler werden, mehr Künstliche Intelligenz einsetzen und Bürokratie abbauen, können wir Leistungen mit weniger Beschäftigten erbringen. Das heißt: Wir können mit weniger Personal in der Verwaltung auskommen. Angesichts erdrückender Personalkosten müssen wir das auch. Die Wiederbesetzungssperre gibt dafür klare Vorgaben“, betont Finanzminister R. Alexander Lorz.

Wiederbesetzungssperre gilt nicht überall

Die Sparmaßnahmen sollten besonders auf die obersten Landesbehörden fokussiert werden. Dies unterstreiche, dass es die Landesregierung ernst damit meine, vor allem bei sich selbst zu sparen – und nicht dort, wo Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen auf Leistungen der Verwaltung angewiesen seien. „Wir fangen bei uns selber an“, betonte der Finanzminister. „Es geht nicht um Entlassungen, sondern darum, freiwerdende Stellen vor allem in der Verwaltung nur begrenzt wieder zu besetzen. Ein schlanker und moderner Staat ist nötig und möglich.“ Bildung, Innere Sicherheit und Rechtsstaat blieben jedoch geschützte Bereiche. So würden Stellen von Lehrerinnen und Lehrern, Polizistinnen und Polizisten sowie Richterinnen und Richtern weiterhin nachbesetzt werden – die Wiederbesetzungssperre gelte dort nicht.

(sib)

Stichwörter: Panorama, Hessen, KI, künstliche Intelligenz, Personalwesen